

Deutsche Waffen sollen es schaffen

Außenpolitische Optionen des deutschen Imperialismus

Kambodscha, Jugoslawien, Somalia - der deutsche Imperialismus schiebt sich langsam aber sicher nach vorne, um auch militärisch "weltpolitische Verantwortung" zu übernehmen. "Mit der Rückgewinnung der staatlichen Einheit haben wir den Hauptgewinn aus dem Ende des Ost-West-Konflikts gezogen", schreibt Außenminister Kinkel programmatisch (SZ, 19.03.93).

"Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa auch dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen" (ebenda).

Aber sachte, behutsam wollen die deutschen Imperialisten dabei vorgehen. Wie formulierte die SZ doch so treffend deren Lehre aus der deutschen Geschichte: "Die Lektion lautet nicht 'Nie wieder Krieg', sondern 'Nie wieder den falschen Krieg'" (SZ, 21.04.93). *Außenpolitisch* hat das deutsche Kapital höllische Angst, nach zwei verlorenen Weltkriegen sich noch einmal zu isolieren. *Innenpolitisch* muß erst noch die Bevölkerung auf Linie gebracht werden.

Kinkel setzt den Schwerpunkt seiner Außenpolitik auf die "kategorische" Herstellung einer "freien, bürgernahen und weltoffenen Europäischen Union". Aber die "Freundschaftsbrücke über den Atlantik" will dieser "ehrliche Patriot" (Kinkel) noch nicht abbrechen und der "Ausbau unserer wirtschaftlichen und kulturellen Präsenz in den asiatischen Hochtechnologie- und Wachstumsstaaten" (Japan/pazifisches Becken) ist für ihn "neue Priorität". Kinkel betont die institutionell-übergreifende Bedeutung von UNO und KSZE; an der US-dominierten NATO hält er fest, während er die deutsch-dominierte WEU als deren Ergänzung herunterspielt. Statt direkter Konfrontation bemühen sich die Deutschen, (noch) in Absprache mit den USA und Japan, ihre eigene Stellung auszubauen, während sie die mißtrauischen Europäer (v.a. Frankreich und Britannien) immer mehr an die Kandarre zu nehmen trachten. Dazu braucht die Regierung Freiraum für flexibles militärisches Handeln auch außerhalb des UNO-Rahmens; die lästige Einschränkung des Grundgesetzes muß fallen.

Nachdem die SPD mit ihrem "Blauhelm-Beschluß" schon seit längerem prinzipiell ihre Zustimmung zu Einsätzen der Bundeswehr signalisiert hatte, war kürzlich die erste (kleinere) innenpolitische Hürde schnell genommen. Klassisch die einstweilige Ablehnung des (scheinheiligen) FDP-Antrages durch das Bundesverfassungsgericht, Bundeswehrsoldaten *nicht* in AWACS-Flugzeugen über Jugoslawien Kriegseinsätze fliegen zu lassen. Laut BVG sei der "bündnispolitische Schaden" eines Nicht-Einsatzes höher zu bewerten als der (mögliche) Verfassungsbruch. Die Kapitalistenklasse und ihre Repräsentanten halten sich eben nur solange an ihre eigenen Gesetze und die bürgerliche Verfassung, solange diese ihrer aktuellen Interessenslage entspricht. Kinkel, seine FDP und damit die Regierung waren gerettet; die

SPD-"Opposition" sah von einer Klage gegen den sofort nachgeschobenen Bundeswehreinsatz in Somalia ab.

Wie wichtig insbesondere der Generalität dieser Einsatz von bewaffneten 1600 Soldaten in Afrika ist, zeigt deren Gefeiße mit der UNO:

"Die Hardthöhe habe auf Arbeitsebene deutlich gemacht, entweder beteilige sich die Bundeswehr möglichst umfangreich und öffentlichkeitswirksam, oder sie halte sich völlig zurück. Angestrebt werde eine große 'logistische Lösung'", berichtet die SZ (21.04.93).

Und wie vorsichtig die Herrschenden momentan darauf bedacht sind - in Somalia oder bei den Kriegsschiff- und AWACS-Einsätzen in Jugoslawien -, daß keine Bundeswehreinheit in eine bewaffnete Konfrontation gerät! Jetzt soll kein "deutsches Blut" fließen; jetzt soll sich die Bevölkerung erst einmal an die "humanitären Einsätze" der deutschen Militaristen gewöhnen. Die chauvinistische Forderung nach "Rache" und "Vergeltung" kommt erst später.

Der deutsche Imperialismus geht in die Offensive. Aber er muß taktieren, weil er sich noch nicht der Loyalität der Bevölkerung gegenüber Bundeswehr und Außenpolitik (inklusive militärischer Abenteuer) sicher ist. Der jetzt notwendige Widerstand - von Protest-Aktionen bis hin zu antimilitaristischen Streiks -, trafe die "ehrlichen Patrioten" von der CDU bis hin zur SPD-Führung an einem neuralgischen Punkt ■

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin: M. Martin, Postfach 210 254
W-1000 Berlin 21
(ab 1.7.93: 10502 Berlin)

Hamburg: PLK 079 731
W-2000 Hamburg 203

Bay Area: Bolshevik Tendency
PO Box 31796
Oakland, CA 94604, USA

New York: Bolshevik Tendency
PO Box 385, Cooper Station
New York, NY 10276, USA

Toronto: Bolshevik Tendency
PO Box 332, Adelaide St. Stn.
Toronto, Kanada M5C 1J0

Montreal: Box 1703,
Suc. Place d'Armes,
Montréal, Québec
H2Y3L2 Canada

Wellington: Permanent Revolution Group
PO Box 9671
Wellington, Neuseeland